

Sommersession 2022 Empfehlungen der Föderation ARTISET

	Geschäft	Haltung von ARTISET
31.05. / 01.06 Nationalrat	<u>21.067</u> Geschäft des Bundesrats «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag»	ARTISET erachtet die Strategie des Bundesrats, mit Vorgaben das Kostenwachstum einzudämmen, als zu wenig griffig. Zielführender wäre die Beseitigung von Fehlanreizen im Gesundheitssystem selber. Die Einführung von Kostenobergrenzen, wie in der Bundesratsvorlage vorgesehen, birgt die Gefahr, dass auch in Bereichen mit Unterversorgung gespart werden muss. ARTISET empfiehlt: Ablehnung der Vorlage
01.06. Nationalrat	<u>22.403</u> Pa. Iv. WBK-N «Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024» (2. Phase)	Bis das aktuell bestehende und zeitlich befristete Impulsprogramm für die Schaffung von Betreuungsplätzen in den familienergänzenden Strukturen in eine stetige Unterstützung überführt werden kann, sollen die aktuell bestehenden Finanzhilfen des Bundes im Sinne einer Überbrückung verlängert werden. Aus Sicht von ARTISET ist das Vorgehen kongruent. ARTISET empfiehlt: Annahme der parl. Initiative
01.06. Nationalrat	<u>22.3373</u> Mo WBK-N «Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz»	In seinem Bericht auf mehrere Postulate hat der Bundesrat verschiedene Wege für die Anerkennung der Gebärdensprache aufgezeigt. Die vorbereitende Kommission bejaht mit dieser Motion die Notwendigkeit einer gesetzlichen Verankerung und Förderung der drei Schweizer Gebärdensprachen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
01.06. Nationalrat	<u>22.3377</u> Mo SGK-N «Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads»	Die Motion regt die Schaffung einer Bemessungsgrundlage an, die bei der Ermittlung des Einkommens mit Invalidität zur Anwendung kommt. Diese Grundlage soll mittels statistischer Werte realistische Einkommensmöglichkeiten von Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung berücksichtigen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion

	Geschäft	Haltung von ARTISET
01.06. / 16.06. Nationalrat	<u>20.3657</u> Po Fehlmann Rie- elle « Uneingeschränkte Achtung der Rechte von Menschen mit einer Behinderung »	Das Postulat verlangt eine Überprüfung, wie das Zivilgesetzbuch mit den Inhalten der UN-Behindertenrechtskonvention in Übereinstimmung gebracht werden kann. Der Bundesrat hat sich in seiner Antwort zum Postulat bereit erklärt, die Problematik näher anzugehen, sobald die Prüfung des ersten Staatenberichts der Schweiz durch den UN-Ausschuss abgeschlossen ist. Diese ist erfolgt. ARTISET empfiehlt: Annahme des Postulats
08.06. Ständerat	<u>22.3370</u> Po SGK-S « Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten »	Mit dem Postulat hat die SGK-S den Inhalt einer Petition aus der Frauensession 2021 zur Förderung der Care-Arbeit übernommen. Es gilt insbesondere aufzuzeigen, wie die Anspruchsvoraussetzungen für Erziehungs- und Betreuungsgutschriften niederschwelliger gestaltet und der Personenkreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet werden können. ARTISET empfiehlt: Annahme des Postulats
08.06. Ständerat	<u>20.069</u> Geschäft des Bundesrats « Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. »	Bei Filmen und Videospiele, die die Entwicklung von Minderjährigen gefährden können, sollen in erster Linie die Anbieter selbst Schutzmassnahmen erarbeiten. Damit soll auch administrativer Belastung entgegengewirkt werden. Zudem müssen Medienkompetenz und Prävention verstärkt werden. Auf dem Spiel steht ein schwieriger Balanceakt zwischen kreativer Freiheit, administrativer Vereinfachung und Jugendschutz. ARTISET empfiehlt: Annahme der Vorlage
08.06. / 16.06. Nationalrat	<u>20.3840</u> Mo Birrer-Heimo « Obligatorische Epidemie- bzw. Pandemieversicherung » (Kat. IV EFD)	Epidemien und Pandemien sind Extremereignisse, die nur bedingt versicherbar sind. Diese Problematik trifft auch auf Naturkatastrophen zu. Hier hat die Schweiz mit der Elementarschadenversicherung eine herausragende Versicherungslösung geschaffen. Nach diesem Modell könnte auch eine Epidemieversicherung errichtet werden. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
09.06. Nationalrat	<u>22.3393</u> Po WBK-N « Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen »	Dass Geflüchtete bis zu Ihrer Rückkehr in die Heimat einfach zur Untätigkeit verurteilt sind, ist in zweifacher Hinsicht falsch: Einmal, weil dadurch personelle Ressourcen brachliegen, zudem fällt die Sozialhilfebelastung dadurch höher aus. Überbrückungen, wie im Postulat beschrieben, stellen eine sinnvolle Lösung dar. Betroffene sind, sofern fachlich und sprachlich qualifiziert, angesichts der angespannten Fachkräftesituation in Betreuung und Pflege eine wertvolle Unterstützung. ARTISET empfiehlt: Annahme des Postulats

	Geschäft	Haltung von ARTISET
14.06. Ständerat	<u>22.3237</u> Po Gapany « Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern »	Es ist sinnvoll, Massnahmen zu prüfen, die den Wiedereinstieg von Personen mit IV-Rente in den Arbeitsmarkt erleichtern. Allerdings muss der Fokus stärker auf der Optimierung der Wiedereingliederung als auf einer Effizienzsteigerung liegen. Denn es geht nicht um Renteneinsparung, sondern um nachhaltige Integration. Für die Erstellung des Berichts ist eine Justierung des Auftrags notwendig. ARTISET empfiehlt: Annahme des Postulats mit Justierung der Zielsetzung
14.06. Ständerat	<u>22.3233</u> Mo Carobbio Guscetti « Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten »	Zur Verhinderung und Bekämpfung häuslicher und sexueller Gewalt gegen Personen mit Behinderung und insbesondere von Gewalt gegen Frauen mit Behinderung braucht es spezifische Programme und Projekte. Damit die Istanbul-Konvention tatsächlich greift, ist eine umfassende kohärente Umsetzung notwendig. Aus Sicht von ARTISET trägt die Motion zielführend dazu bei. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion
14.06. Ständerat	<u>22.3246</u> Mo Graf « Rechtsgrundlage für Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen; insbesondere Sicherstellung, dass Menschen mit Behinderung nicht diskriminiert werden »	Bis heute gelten die Richtlinien der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMVV) als Richtschnur bei Triage-Entscheidungen. Richtlinien einer Fachgesellschaft können aber kein Ersatz für eine demokratisch legitimierte Rechtsgrundlage sein. Es bedarf einer breiten Diskussion im Rahmen eines demokratischen Prozesses für derart schwerwiegende Entscheidungen. ARTISET empfiehlt: Annahme der Motion